

---

# Herder Korrespondenz

---

Heft 1  
28. Jahrgang  
Januar 1974

*Nichts braucht die menschliche Gemeinschaft heute dringender als das Zeugnis von der Existenz Gottes.*  
*Kardinal Julius Döpfner*

## An der Jahreswende

Wer an der Jahreswende 1973/74 Bilanzen zieht oder Prognosen stellt, der wird, auch wenn es ihm um andere Gebiete zu tun ist, zunächst an der *wirtschaftlichen Entwicklung* hängenbleiben. Hier sind die Einschnitte am fühlbarsten, sind die Zäsuren, jedenfalls auf den ersten Blick, am schärfsten ausgefallen; die Wirkungen werden vermutlich von Dauer sein.

Schon der teilweise *Ölboycott* durch die arabischen Länder hat einen empfindlichen Nerv der westlichen Wirtschaften getroffen. Seine unmittelbaren Folgen sind im Konsumsektor trotz beginnenden Heizölmangels und des Sonntagsfahrverbots am geringsten. Sie sind im Produktionssektor viel stärker sichtbar: in der chemischen Industrie, die auf Öl als Rohstoff angewiesen ist, in der Automobilindustrie, für die das Öl wichtigster Absatzgarant ist. Der Boycott dürfte, wie sich jetzt schon herausstellt, allerdings auch nicht ohne Wirkung auf die östlichen Wirtschaften bleiben, die vor allem in der Investitionsgüterindustrie vom westlichen Import abhängen. Manche knüpfen daran die Hoffnung, diese Tatsache würde dazu beitragen, daß die politischen Grenzen des Boycotts schon früher sichtbar werden, als seine Initiatoren einkalkuliert hatten.

Aber der Ölboycott trifft die westlichen Länder, auch die Bundesrepublik, in einem Augenblick, wo sich die wirtschaftliche Entwicklung ohnehin *krisehaft zuspitzt*: die Wettbewerbsbedingungen verschärfen sich durch Verteuerung der Exporte, auf dem Binnenmarkt werden Sättigungsgrenzen sichtbar, die D-Mark tendiert nach einer Periode der Aufwertungen und längerer Überbewertung nach unten, die Überschüsse in der Handelsbilanz sinken; wichtige Sektoren (chemische Industrie, Textil- und Autoindustrie) melden erste Engpässe. Der Sachverständigenrat und die Bundesregierung sprechen von einem Sinken der Wachstumsrate „gegen Null“, während die Inflationsraten wieder stärker steigen und so die ersten positiven Wirkungen des Stabilitätsprogramms durch neue Preis-

schübe zunichte machen. Was Kämpfer wider die Wachstumsideologie seit Jahren an den fernen Horizont malten, die drohende Energieknappheit, hat nun durch den Ölboycott ein recht anschauliches Vorspiel gefunden. Vielleicht ist es, langfristig gesehen, sogar ein Segen oder wenigstens eine nützliche Warnung, die uns noch rechtzeitig zu einem neuen Gleichgewicht der geringeren Ansprüche zwingt.

Den Kirchen wächst hier zweifellos eine wichtige „*pädagogische*“ Aufgabe zu. Diese Aufgabe ist vermutlich jetzt nicht leichter wahrzunehmen als zu Zeiten unbekümmerter Wachstums, an dem alle einen nach Markt und sozialer Stellung bemessenen Anteil hatten. Sie wird aber um so wichtiger, je schwieriger es wird, den *sozialen Frieden* aufrechtzuerhalten. Niemand wird sagen wollen, dieser sei jetzt schon akut gefährdet, und es könnte durchaus sein, daß mit zunehmender Bedrohung von Arbeitsplätzen sich eine Strategie des Stillehaltens durchsetzt, weil Angst oft mehr bewirkt als Vernunft. Trotzdem: daß die Tarifpartner vor die schwerste Bewährungsprobe seit Kriegsende gestellt sind, ist seit Wochen fast täglicher Bestandteil von Kommentaren und Nachrichten. Die wilden Streiks, die während der letzten Wochen vereinzelt durchgeführt wurden, haben u. a. dazu beigetragen, daß die Gewerkschaften von der Metallindustrie bis zum öffentlichen Dienst ihre Tarifforderungen höher schrauben. Es ist verständlich, daß sie wenig Lust verspüren, ihren Mitgliedern zu erklären, daß bei scharf sinkenden Wachstumsraten hohe Inflationsraten nicht mehr ohne weiteres und ohne die Arbeitsplätze zu gefährden durch noch höhere Lohnabschlüsse kompensiert werden können. Regierung und Unternehmen stehen unter einem starken Druck. Es wird sich zeigen, ob die Tarifautonomie ohne Fremdsteuerung und staatliche Lenkung ihre Probe besteht, und es ist wohl nicht die Frage verfrüht, ob denn mit einer spürbaren Gefährdung des sozialen Friedens nicht auch die *politische Unruhe* wächst. Die Anforderungen an die wirtschaftliche Disziplin werden jedenfalls höher, und die Kirchen sind



gut beraten, wenn sie rechtzeitig prüfen, ob sie für den Fall sich zuspitzender Sozialkonflikte über die notwendige Sachkenntnis und das notwendige „strategische“ Instrumentarium verfügen, um sich als moralischer Mahner und Makler diskret, aber vernehmbar Gehör zu verschaffen.

## Weltpolitische Ernüchterung

Über der Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung drohen die *politischen Veränderungen* im Bewußtsein der Bevölkerung in den Hintergrund zu geraten. Doch sind diese von kaum geringerer Bedeutung. Das vergangene Jahr hat uns eindringlich zu Bewußtsein gebracht, wie verletzlich der Friede sein kann und wie prekär das politische und strategische Gleichgewicht ist, von dem die Aufrechterhaltung des Friedens abhängt. Das Jahr 1973 brachte zu Beginn neue Hoffnungen. In *Vietnam* wurde nach fast dreißigjährigem Kriegszustand ein Waffenstillstand ausgehandelt, das Jahresende brachte zwar eine recht obskure Friedensnobelpreisverleihung an die damaligen Unterhändler, aber der Friede im Lande selbst ist noch weit, die Kämpfe haben niemals ganz aufgehört, und in letzter Zeit sind Kriegshandlungen wieder häufiger, ohne daß sie in Europa sonderlich beachtet würden.

Der *vierte Nahostkrieg* hat nicht nur die Israelis in der Feiertagsruhe des Jom-Kippur-Tages überrascht, mit ihm hatte man auch außerhalb des unmittelbaren Konfliktfeldes nicht ernstlich gerechnet. Er hat von neuem gezeigt, wie heillos verfahren nach wie vor das Verhältnis zwischen Israel und den arabischen Staaten ist und wie sehr auch ein scheinbar lokaler Konflikt das internationale Gleichgewicht durcheinanderbringt. Wenn auch Ende November zum erstenmal mündliche und direkte Kontakte zwischen israelitischen und ägyptischen Militärs stattfanden und durch Vermittlung der Großmächte sich erste Friedensverhandlungen anbahnen, so ist der Friede noch weit. Die neuen Ausgangsverhältnisse, die der 18-Tage-Krieg gebracht hat, haben nicht einmal zu einem Ende des internationalen Luftterrors durch palästinensische Freischärler geführt. Sie haben aber vieles andere und darunter wenig Erfreuliches sichtbar gemacht: die militärische Macht des großen, aber gewiß nicht uneigennütigen Protektors des arabischen Anspruchs gegenüber Israel und dessen Bereitschaft, seine militärischen und politischen Mittel bis an die Grenze eines Weltkonfliktes zugunsten der eigenen Vormachtstellung einzusetzen; die politische und militärische Schwäche des Westens und dessen Erpreßbarkeit; die Grenzen der Solidarität im westlichen Verteidigungsbündnis und auch zwischen den Ländern der *Europäischen Gemeinschaft*; ihre politische Ohnmacht und ihre Unfähigkeit zu einem wirtschaftlichen und politischen Interessenausgleich, der es ihr erst ermöglichen würde, gegenüber den Großmächten mit einer Stimme zu sprechen und ihr Eigengewicht geltend zu machen. Noch nie dürfte so deutlich geworden sein, wie sehr auch die Kirchen die

Verpflichtung haben, als übernational verbindende Elemente zum Abbau nationaler Vorurteile beizutragen und an der Verschmelzung der geistigen Grundlagen Europas mitzuwirken und die Solidarität zu stärken, wenn Europa politische Gestalt annehmen und im Konzert der Mächte eine stabilisierende und friedensbewahrende Rolle spielen soll. Man wird sagen müssen, die „nationalen“ Kirchen, in den letzten Jahren sehr mit sich selbst beschäftigt, haben ihren möglichen, ohnehin bescheidenen Beitrag zu Europa nicht weniger sträflich vernachlässigt als die nationalen europäischen Regierungen, wobei das Versagen bei den Kirchen fast noch gleicher verteilt ist als auf der politischen Szene.

Über Europa hinaus hat aber der neue Nahostkrieg zwei Erkenntnisse gebracht oder mit zutage gefördert, die länger nachwirken und das weltpolitische Bewußtsein prägen dürften. Das erste ist die Einsicht, daß *Weltmächte*, wenn sie sich nicht unverzichtbarer militärischer und politischer Positionen begeben wollen, *auch gegen ihren Willen* in lokale Konflikte verstrickt werden können, die ihrerseits Ursache für einen Zusammenstoß der Weltmächte sein können. Entgegen einem landläufigen Vorurteil ist die Verantwortung für lokale und regionale militärische Verwicklungen zwischen den regionalen und den Weltmächten durchaus *geteilt*. Kleinstaaten sind nicht einfachhin die Opfer der Großmächte, auch wenn aufrechtbleibt, daß expansionsbedürftige Großmächte in lokalen Konflikten weit weg von ihren eigenen Grenzen die jeweils neuesten Waffensysteme erproben. Apokalyptischer hat kein lokaler oder regionaler Krieg der letzten Jahre diese fast unauflösbare Verstrickung auch allen, die sie nicht sehen wollten, vor Augen geführt. Ein *Weltkonflikt*, mit dem man in der Euphorie der Entspannung schon nicht mehr ernstlich zu rechnen schien, ist als drohende Möglichkeit wieder am Horizont erschienen.

Das zweite ist eine merkliche *Abkühlung im Ost-West-Verhältnis*. Zwar haben die USA und die Sowjetunion mehr als deutlich zu erkennen gegeben, daß sie ihre Entspannungspolitik fortsetzen wollen. Aber der Nahostkrieg hat auch gezeigt, daß internationale Verpflichtungen und die eigenen Weltmachtinteressen sie bald an die Grenzen möglicher Entspannung führen. Die Abkühlung zwischen West und Ost geht auch an Deutschland nicht vorbei. Sie zeichnete sich hier bereits vor dem Nahostkrieg ab. Sie wird aber durch ihn verstärkt. Die deutsche Ostpolitik hat sich verlangsamt, das Mißtrauen gegenüber den östlichen Partnern ist gewachsen, seitdem Versuche, Verträge durch restriktive Interpretationen und durch indirekte Pressionen zu unterlaufen, offenkundig geworden sind. Das gilt besonders für das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten: die Unzufriedenheit über das Ausbleiben von erwarteten Erleichterungen ist nicht zuletzt in der DDR gewachsen. Eine Studie der Bundesregierung, die in Funk und Presse häufig zitiert wird, bestätigt es. Diese Verschlechterung des Klimas ist als *politischer Rück-*



*fall* zu bedauern, sie könnte aber von *praktischem Vorteil* sein, wenn damit auch eine nüchternere Einschätzung sowohl der ideologischen Unterschiede wie der Expansionsinteressen der Weltmacht Sowjetunion Platz greift.

In dieses neue Klima wird sich auch die *vatikanische Ostpolitik* einzuordnen haben. Sie wird es künftig noch schwerer haben, unter nüchterner Einkalkulierung der realen Machtinteressen, für die auch kirchliche Stellen begrenzt eingesetzt werden, und der Wahrnehmung der vitalen Lebensinteressen der Kirchen in kommunistischen Ländern einen vertretbaren Ausgleich zu finden. Die Entwicklung in der CSSR, wo man der katholischen Kirche langsam aber sicher das Rückgrat bricht, dürfte vor raschen weiteren Schritten eine ausreichende Warnung sein.

## Geistiger Klimawechsel?

In den *geistigen Grundströmungen der Zeit* sind an der neuen Jahreswende Zäsuren und Einbrüche sehr viel schwieriger auszumachen als auf wirtschaftlich-sozialem und politischem Felde. Klare Profile sind nicht zu erkennen. Aber ein Klimawechsel, freilich einer, der langfristiger angelegt ist, scheint sich auch hier abzuspüren, auch wenn seine Elemente nur undeutlich hervortreten. Will man in den Ideenbewegungen unserer Zeit zwei Schichten unterscheiden, so wird man sagen müssen, in der unteren, grundlegenden Schicht sind kaum Veränderungen mit Tagesbezug festzustellen. Eher wird man von einer *gleichbleibenden Grundströmung* mit langfristigen neuen Überlagerungen und einzelnen *Gegenströmungen* (vgl. ds. Heft, S. 26) sprechen müssen. Der *geistige Grundkonflikt* unserer Jahre ist die Spannung zwischen der technischen Kultur mit ihren ausdifferenzierten Organisationssystemen mit einem hohen zivilisatorischen Komfort, der die „Welt des Menschen“, die Gesellschaft, das individuelle Glück als machbar erscheinen läßt, und der inneren Orientierung des Menschen am Glauben und an der Hoffnung auf einen Sinn und eine Erfüllung, die nicht innerweltlich herstellbar sind, sondern in Schöpfung und Offenbarung dem Menschen zugeeignet werden. Dieser Konflikt hat sich in den letzten Jahren tief hineingefressen in philosophisch-theologische Systeme und selbst in innerkirchliche Auseinandersetzungen, während er im alltäglichen Leben durch Reduktion religiöser Regungen und eine gewisse Abstumpfung des Spirituellen ebenso wie des Seelischen gegenüber dem rein Kognitiven und Machbaren bereits entschieden zu sein schien. Diese Grundströmung wirkt weiter, sie bleibt die individuell und gesellschaftlich bestimmende Kraft, doch kann eine solche „Philosophie des Machens und Konsumierens“ die geistigen Ansprüche keiner Generation befriedigen.

Eine erste Gegenströmung und gewissermaßen ihre heilsbezogene innerweltliche Fortschreibung war die *Renaissance* des Marxismus und im Zuge dieser Renaissance eine

Hypostasierung der *Gesellschaft*. Sie brachte die Überführung aller Sinnerwartung in die Gesellschaft (vgl. ds. Heft, S. 27). Eine zweite Gegenströmung, die die erste begleitete und an den ideologischen Rändern sich mit ihr überschneidet, bildeten die verschiedenen neuen, aber meist kurzlebigen *jugendlichen Subkulturen*, die sich, teils anarchistisch angehaucht, der Gesellschaft durch „Auszug“ aus ihr versagten. Diesen beiden folgte in den letzten Jahren eine dritte Gegenströmung, die sich in verschiedenen Gruppen und Bewegungen wieder stärker spirituell profilierte: charismatische Gruppen sind neu entstanden, die Attraktivität „neuer“, östlicher Meditationspraktiken ist gewachsen. Die Sinnfrage taucht in den verschiedenen Zusammenhängen auf, bleibt aber in der Zielrichtung diffus.

Diese Gegenströmungen im kulturellen Untergrund der Zeit sind in den letzten Jahren mit erstaunlicher Wucht nach oben durchgebrochen. Die Hypostasierung der Gesellschaft führte zu einer bis dahin ungeahnten Politisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Protestbewegung in den jugendlichen Subkulturen hat, verstärkt durch Marxsche und Freudsche Elemente, scharfe antiautoritäre Züge angenommen und über einen auch in diesen Gegenbewegungen teilweise noch ungebrochenen Wissenschaftsglauben vor allem die weite pädagogische Landschaft stark beeinflusst und in der Praxis zu einem Abbau von Autorität und zur Verunsicherung von Autoritätsträgern und der Institutionen, die sie in Kirche und Gesellschaft verkörpern, geführt.

Wenn nicht alles täuscht, haben aber diese Gegenströmungen in der letzten Zeit ihren Höhepunkt endgültig überschritten, auch wenn sie sich, denkt man etwa an die Jugendorganisationen der Parteien, stärker politisch profiliert haben, ohne daß sie dem Zeitgenossen in dem weiterschwellenden Grundkonflikt zwischen technischer Kultur und religiöser Verwiesenheit eine Wende gebracht oder diesen Konflikt auch nur in ihrem Kern berührt hätten. Die politische Unrast hat nachgelassen, Polarisierungen schwächen sich ab, auch wenn sie untergründig weiterwirken. Wenn der Papst jüngst noch von einer „Epidemie des Protests“ gesprochen hat, so trifft dies nicht mehr die aktuelle Situation, jedenfalls nicht hierzulande: politisch nicht, trotz der politischen Aktivität radikaler Gruppen, kirchlich nicht, weil die den Protest tragenden Gruppen bzw. ihre Anhänger eine kritische Solidarität in voller Verantwortung durchgehalten haben oder resignierend nach innen oder außen emigriert sind. Das Wort des Papstes galt eher für Länder wie Frankreich und Italien, wo sich politisch mangels einer echten demokratischen Alternative die gesellschaftlichen oder wenigstens die politischen Strukturen eher verhärtet haben und wo der politische Protest gerade mangels einer echten Alternative stärker auf die kirchliche Haltung von Klerikern und Laien abfärbt. Dies gilt für Italien ganz besonders, weil dort die *Democrazia Cristiana* seit Kriegsende ununterbrochen an der Regierung ist, die Kirche mit der Partei stark verfilzt bleibt, aber eine parlamentarische Alterna-



tive ohne Kommunisten, die selbst schon zu einer „Traditionspartei“ geworden sind, nicht denkbar wäre. In der Bundesrepublik ist mit der Konsolidierung der sozial-liberalen Koalition und der Rückkehr zum politischen Alltag nach den letzten Bundestagswahlen politisch eine deutliche Ernüchterung, kirchlich bei weiter rückläufigem Trend in der Intensität der Kircheng Zugehörigkeit und bei erkennbarem Stocken in der ökumenischen Annäherung eine Versachlichung des Gesprächs zu verzeichnen.

Es wäre deswegen für die weitere Zukunft der Kirche nicht ungefährlich, wollte man mangels diagnostischer Phantasie am Schema „Protest — Polarisierung“ festhalten. Eine grundlegende und langfristige Fehlorientierung wäre vermutlich die Folge. Eher besteht die Gefahr, daß Konflikte verdrängt werden, weil man sie nur oberflächlich angepackt hat oder weil nicht genügend Geduld vorhanden ist, um sie durchzustehen.

## Was der Kirche nottut

Verfehlt wäre es auch, der dritten Gegenströmung blindlings zu vertrauen. Bei allem Respekt, den Erweckungsbewegungen und der neue Sinn für Meditationstraining verdienen, ist doch zu fragen, ob sie nicht mehr Ausweichreaktion auf den genannten Grundkonflikt als schon Aufbruch zu einer neuen, den Menschen an seinen Lebenswurzeln anfassenden, seinen Alltag umprägenden Religiosität und Glaubenskraft sind. Angesichts der vielzitierten Krise der Moral und der berechtigten Ablehnung einer Ethisierung des Christentums scheint es vordringlich zu sein, daß die Kirche ihre *ethische* Karte konsequenter ausspielt. Ich meine, sie muß und kann den Menschen, dessen Interessen und Fähigkeiten in den letzten Jahren politisch und ideologisch überreizt wurden, gerade dort „abholen“, wo er inmitten der technischen Kultur des Machbaren in die Krise seiner eigenen Freiheit und in die Gefahrenzone der Selbstzerstörung gerät. Gemeint ist damit nicht nur die Selbstzerstörung durch atomares Kriegspotential, sondern auch die Gefahr einer totalen Manipulation, gesellschaftlich durch eine staatlich umfassende Verplanung des Menschen, biologisch durch eine extensiv angewandte Biotechnik, die seine personale Identität verändern und zerstören kann. An dieser Grenze wird die *Sinnfrage*, die Frage, was der Mensch nun eigentlich ist und wie weit er gehen kann, ohne sich selbst aufzugeben, durchaus lebensnah. Über den Glauben an die Unverletzlichkeit der menschlichen Person, an die Unverfügbarkeit seiner Individualität (weil sie Gottes Ebenbild ist) findet der Christ auch zu einer „anthropologisch“ überzeugenderen Antwort als ursprüngliche oder auch nur abgeleitete marxistische Heilslehren, die die „technologische“ Funktionalisierung des Menschen nicht überwinden, sondern nur politisch fortschreiben.

Das zweite, was die Kirche meiner Meinung nach vordringlich tun müßte, ist eine *zweite Erneuerung ihres*

*Gottesdienstes*. Denn in ihn münden alle Ansätze, die dem Menschen tatsächlich zu einer *tieferen spirituellen Erfahrung* verhelfen wollen. Auch diese Forderung wird manchem paradox erscheinen. Gibt es nicht eine verbreitete Abneigung gegen alles Sakramentale? Haben wir nicht, nach Gegenden unterschiedlich, aber in der Tendenz übereinstimmend, in den letzten Jahren einen Rückgang an Gottesdienstbesuchern bis zu 25 Prozent? Aber das ist es eben: Was durch das Konzil und die nachkonziliare Liturgiereform geschaffen wurde, war nur ein erster Schritt. Er brachte die Verdeutschung der Liturgie, ihre zeremonielle Vereinfachung. Diese Vereinfachung brachte auch mehr Abwechslung in den Texten, aber auch mehr Eintönigkeit in der Gestaltung: in vielen Pfarreien Sonntag für Sonntag die gleiche Liturgie, mehr oder weniger die gleichen Lieder, die gleiche liturgische Dramaturgie; dazu eine einseitige Beschränkung auf die Feier der Eucharistie. Obwohl das Zweite Vatikanum die Rolle des Wortes in Korrespondenz zu der des Sakraments, die Rolle der Verkündigung in der liturgischen Handlung, aufgewertet hat, wurde bisher der neu erschlossene Reichtum nicht ausgeschöpft, die Bedeutung der Predigt für einen tieferen Mitvollzug der Liturgie gar nicht erkannt, jedenfalls liturgisch und theologisch nicht genutzt. Wenn die größere Beruhigung in der Kirche nicht zur Friedhofsruhe werden soll, dann müssen wir in der Kirche alle Kraft und Phantasie auf einen lebendigen, zur ständigen Konversion führenden Gottesdienst verwenden. Es geht bei dieser zweiten liturgischen Konversion nicht um total neue Experimente, sondern um die Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten vom lateinischen Hochamt bis zum Jazzgottesdienst. Nur braucht es mehr Variation, eine Anreicherung liturgischer Elemente, eine solidere Ausschöpfung und existentiellere Interpretation der Perikopen, mehr Abwechslung zwischen bzw. Ergänzung der Eucharistiefiern durch Wortgottesdienste, auch durch mehr Bußgottesdienste. Damit soll wenigstens die Chance gegeben werden, daß der Einzelne im Gottesdienst der Gemeinde in seiner individuellen Entscheidungssituation voll angesprochen und aufgenommen wird. Dazu bedarf es größerer Souveränität im Umgang mit liturgischen Regeln, was nicht Beliebigkeit der Formen, sondern Formung der Gemeinde durch den Liturgen und die verschiedenen liturgischen Rollenträger bedeutet.

Da der Gottesdienst Kern des Gemeindelebens und Mitte der Kirche ist, wird von ihm das gesamte kirchliche Leben mitgeprägt. Verbreitet die Art, wie Gottesdienst gefeiert und gepredigt wird, epidemische Müdigkeit und Langleweiligkeit, dann wird die Kirche auch in den Alltag der Christen wenig Zuversicht ausstrahlen. Wenn an dem demoskopischen Befund, daß kirchennahe Menschen wenig Lebensfreude ausstrahlen (vgl. ds. Heft, S. 41), etwas daran ist, dann muß dies auch mit der gottesdienstlichen Gemeinde zusammenhängen. Und diese wird wiederum mitgeprägt vom *Maß der Freiheit, das durch die kirch-*



liche Gesetzgebung belassen, eröffnet oder behindert wird. Dies gilt für den Gottesdienstbereich, es gilt für die ganze Kirche. Einige ihrer Natur nach durchaus nebensächliche Hinweise zeigen, daß hier ein kirchlicher Lernprozeß noch kaum begonnen hat. Ein zu Beginn des CDU-Pateitages in Hamburg vorgesehener Gottesdienst kam nicht zustande, weil die katholischen Bischöfe am Sonntagvormittag wegen des Sonntagsgebots keine ökumenischen Gottesdienste gestatten. Ein solches in sich durchaus sinnvolles Verbot wird peinlich, wenn keine Ausnahmen für besondere Gruppen und Anlässe vorgesehen sind. In der Antwort der Kleruskongregation auf das Votum der Gemeinsamen Synode zur Beauftragung von Laien mit der Verkündigung im Gottesdienst ist u. a. vorgesehen, daß die Predigt des Laien vom Priester (Zelebrenten) eröffnet und geschlossen wird. Hat, so fragt man sich, eine hohe römische Behörde nichts Anregenderes zu tun? Als auf der Vollversammlung der Synode in Würzburg über die Aufhebung des Eehindernisses der Konfessionsverschiedenheit debattiert wurde, wandte sich ein Bischof gegen die Aufhebung u. a. mit dem Argument, die Bischöfe hätten

übergeordnete Gesichtspunkte zu vertreten, die über Zuständigkeit und Reichweite einer Synode hinausgingen. Aber welche Gesichtspunkte sind dies im Falle einer Vorschrift, die zur Formalität geworden ist, wo Rom immer noch die Möglichkeit bleibt, dem Votum zu widersprechen, und wo obendrein jeder der Diskutanten bereit war, an die Stelle der Dispens ein intensives seelsorgerliches Gespräch zu setzen? Zu einer aus den existentiell-religiösen Wurzeln des Menschen kommenden geistig-spirituellen Erneuerung gehört ein Minimum an kirchlicher Großzügigkeit im Umgang mit erwachsenen Christen. Deswegen der Neujahrswunsch an die Väter der Kirche, sie möchten, da nun antiautoritäre Strömungen im Abflauen sind und erste noch schüchterne Zeichen einer religiösen Regeneration wenigstens bei einzelnen Gruppen sich regen, nicht einfach wieder das „altbewährte“ Gesetzesinstrumentarium hervorholen. Sonst wird die weiterhin schleichende kirchliche „Energiekrise“ rascher und in viel schärferen Formen, als wir gegenwärtig ahnen, durchbrechen.

D. A. Seeber

## Kirchliche Vorgänge

### Voten der US-Bischöfskonferenz

Mit einem bisher nicht gekannten, geradezu ausufernden Programm hatten sich die Bischöfe der USA vom 12. bis 16. November auf ihrer Herbstkonferenz in Washington zu befassen. Aus der Fülle der behandelten Themen ragen besonders hervor: ein Hirtenbrief über die Marienverehrung sowie Resolutionen zu einer Verfassungsänderung zum Schutz des Rechts auf Leben, auch des Ungeborenen, zur Lage im Nahen Osten und zum Boykott kalifornischen Obstes und Gemüses als Unterstützung der Bemühungen der „Vereinigten Farm-Arbeiter Amerikas“. Auch die Berichte über priesterliches Leben und Dienst sowie Vorschläge für eine Reform des Strafvollzugs fanden in der Öffentlichkeit Beachtung.

#### Wenig Theologie

Auffallend war, daß die rein theologischen und kirchlichen Fragen insgesamt in den Hintergrund traten. Die erwartete heftige Auseinandersetzung über das römische Dekret vom Mai 1973 über die neuerliche *Vorverlegung der Erstbeicht vor die Erstkommunion* verlagerte sich in Besprechungen hinter verschlossenen Türen. Die Bischöfe kamen zu dem Ergebnis, daß dieses Dekret kein Kind dazu zwingt, vor der Erstkommunion zu beichten. Eltern und Seelsorgern lasse es weitgehend Spielraum, um eine übereinstimmende Meinung in dieser Frage als Grundlage für die Entscheidung gelten zu lassen. Zu der römischen Verfahrensweise in dieser Frage allerdings

machten die Bischöfe in einer geschlossenen Sitzung äußerst kritische Anmerkungen und beauftragten eine Kommission, diese und grundsätzliche Vorbehalte der amerikanischen Hierarchie gegenüber römischer Unkenntnis der Lage in den Vereinigten Staaten zu formulieren und in Rom zur Sprache zu bringen. In diesem Zusammenhang verdient das erste Auftreten des neuen Apostolischen Delegaten in den USA, Erzbischof *Jean Jadot*, vor der Bischofskonferenz Beachtung. Nach seiner Meinung muß er für „Reflexion und Führung“ sorgen, aber keineswegs in die Arbeit der Bischöfe der Nation eingreifen. Dabei wiederholte er die Instruktionen, die ihm Papst *Paul VI.* mit auf den Weg gab, als er 1968 Rom als Apostolischer Delegat für Laos,